

Er erscheint täglich
früh 6 1/2 Uhr.

Redaction und Expedition
Johannstraße 33.

Preiskurs der Redaction:
Vormittags 10—12 Uhr.
Nachmittags 4—6 Uhr.

Die die Redaction einbringenden Manu-
scripte macht sich die Redaction nicht
verantwortlich.

Annahme der für die nächst-
folgende Nummer bestimmten
Anzeigen an Wochentagen bis
1 Uhr Nachmittags, an Sonn-
und Festtagen früh bis 1/9 Uhr.

In der Filiale für Zus. Anzeigen:
Cito Kriem, Universitätsstr. 22,
Königs-Bühne, Katharinenstr. 18, p.
nur bis 1/3 Uhr.

Leipziger Tageblatt

und
Anzeiger.

Organ für Politik, Localgeschichte, Handels- und Geschäftsverkehr.

Auflage 16,000.

Abonnementpreis viertelj. 4 1/2 RT.,
incl. Frangiraten 5 RT.,
durch die Post bezogen 6 RT.
Jede einzelne Nummer 25 Pf.
Belegexemplar 10 Pf.
Gebühren für Extrablätter
ohne Postbeförderung 30 RT.
mit Postbeförderung 48 RT.

Jahresrate 50 Gsch. Petitzeile 20 Pf.
Größere Schriften laut unserem
Preisverzeichnis. — Tabellarischer
Zug nach überem Tarif.

Reclamen unter dem Redactionsstich
die Spaltenzahl 40 Pf.
Inserate sind stets an d. Expedition
zu senden. — Rabatt wird nicht
gegeben. Zahlung pro numerando
oder durch Postnachschuß.

№ 103.

Donnerstag den 18. März 1880.

74. Jahrgang.

Der Rath der Stadt Leipzig hat mir mitgetheilt, daß er zur Feier des Geburtstages Sr. Majestät des Kaisers

Montag, den 22. d. M. Abends 7 1/2 Uhr

ein Festmahl im Schützenhause veranstalten werde, und hat mich aufgefordert, die Herren Professoren und Dozenten der Universität hiervon noch besonders in Kenntniß zu setzen.
Indem ich dieser Aufforderung hierdurch nachkomme, bemerke ich, daß Tafelmarken zu 4 M bis zum Abend des 21. d. M. bei Herrn Kühnrich im Schützenhause ausgegeben, daselbst auch Bestellungen auf Tafelplätze angenommen werden.
Leipzig, den 17. März 1880.

Der Rector der Universität
Dr. E. L. Lange.

Städtische Fortbildungsschulen für Knaben.

Zu den öffentlichen Prüfungen, welche

a) in der Zweiten Fortbildungsschule (Schletterstraße 15)
vom 10. bis 12. März,

b) in der Ersten Fortbildungsschule (Grimma'scher Steinweg 17/18)
vom 14. bis 19. März

abgehalten werden, beehrt sich im Namen der Lehrercolliegen ergebenst einzuladen
Leipzig, am 8. März 1880.

der Director
Dr. Braeutigam.

Die nationalliberale Partei und die Steuerfrage.

N.-L. C. Berlin, 16. März. Zwei der hauptsächlichsten Aufgaben, welche der gegenwärtigen Reichstagsession gestellt waren, das Militairgesetz und die Verlängerung des Socialistengesetzes, gehen mit Sicherheit einer endgültigen Erledigung entgegen. Anders steht es mit einer dritten Aufgabe, mit der in der Thronrede angeblühenden Ausdehnung der im vorigen Jahre begonnenen Finanzreform. Bis jetzt liegt dem Reichstage in dieser Richtung nur der Gesetzentwurf wegen Erhöhung der Brausesteuer vor. Mit Rücksicht auf die schlechten Aussichten für das Zustandekommen desselben äußerte dieser Tage das Organ der Reichspartei, die „Post“: „Wollten wir uns auf einen pessimistischen Standpunkt stellen, so könnte ein solches Resultat und erwünscht scheinen, denn je weniger es gelingt, die erforderliche Steigerung der eigenen Einnahmen des Reichs auf anderem Wege zu erreichen, mit um so größerem Nachdruck muß das Tabakmonopol wieder auf die Tagesordnung kommen. So aber geben wir uns der Hoffnung hin, daß in der nationalliberalen Partei die nationale Bedeutung der Vorlage, welche am besten durch die lebhafteste Anfechtung der centralisirenden Tendenzen zugänglichen Parteien illustriert wird, schließlich den Sieg über die abwärtigen Bedenken davon tragen wird.“ Dieser Ruf an die nationalliberale Partei erweckt eine kurze Erwiderung. Die Inanspruchnahme des Tabakmonopols durch ein mit der Stimmung in den leitenden Kreisen nicht selten wohlvertrautes Organ ist gewiss von großem Interesse. Nichtsdestoweniger will uns die Post nicht einleuchten, welche der nationalliberalen Partei wegen ihrer ablehnenden Haltung gegenüber der Brausesteuer gewissermaßen die Verantwortung für das Wiederaufleben des Monopolprojectes zukommt. Eine solche Beweisführung würde nur dann einen Schein von Berechtigung haben, wenn die Ablehnung der erhöhten Brausesteuer seitens der nationalliberalen Partei eine principielle und endgültige wäre. Derjenige Redner aber, welcher bei der neulichsten ersten Berathung im Namen der Fraction sprach, der Abg. Witte-Weddenburg, hat ausdrücklich erklärt, daß diese negative Stellung nur zur Zeit eingenommen werde. Die Gründe liegen klar zu Tage. Eine höhere Besteuerung des Bieres ohne eine gleichzeitige höhere Besteuerung des Brauntweins hat die nationalliberale Partei stets für unzulässig gehalten. Ueber eine höhere Besteuerung des Brauntweins aber herrscht seitens der Reichsregierung nach wie vor gänzlich Schweigen, obgleich in dem immer lauterem Klagen über die Zunahme des „Alkoholismus“ in Deutschland eine solche Maßnahme verlangt wird. Unter diesen Umständen kann der nationalliberale Partei sicherlich kein Vorwurf daraus gemacht werden, wenn sie aus Rücksicht auf die Volkswirthschaft einem Steuergezet nicht zustimmen will, welches in seiner Wirkung ohne Zweifel eine Vermehrung des Brauntweingenußes auf Kosten des Biergenusses herbeiführen würde.

— Dazu kommt aber die allgemeine Betrachtung, daß zur Zeit sich die Bedürfnisfrage noch gar nicht übersehen läßt. Jedermann wird zugeben, daß eine Volkvertretung nur dann neue Steuern bewilligen darf, wenn ein klar erkanntes Bedürfnis vorliegt. Ein unmittelbares Bedürfnis des Reichs nach neuen Einnahmen ist nicht vorhanden. Vielmehr handelt es sich bekanntlich darum, in den Einzelstaaten mit Hilfe der vom Reich bezogenen Ueberschüsse eine Erleichterung bezw. Reform der directen Steuern zu bewirken. Eine irgendwie fahrbare Benennung des dadurch bedingten finanziellen Bedarfs aber suchen wir bisher vergebens. Es kommt Alles darauf an, wie weit man in der Erleichterung bezw. der Reform gehen will. Fürst Bischoff hat seine in dieser Beziehung für Preußen geäußerten Absichten im vorigen Jahre nur in ziemlich unbedeutlichen Umrissen skizziert, und der damalige preussische Finanzminister hat diese Auslassungen als „Zukunftsmusik“ bezeichnet. Seitdem ist ein klares Programm nicht vorgelegt. Wir bewegen uns also über den Bedarf noch immer im Dunkeln. Andererseits läßt sich noch keineswegs mit Sicherheit sagen, wieviel von diesem Bedarf durch die vorjährigen Zoll- und Steuerbewilligungen bereits gedeckt wird. Die durch diese Bewilligungen bedingten Einnahmen können bis jetzt Angefichts des un-

hältnismäßig großen Waarenimports vor Einführung der neuen Zölle, in keiner Weise einen normalen Maßstab abgeben. Bei solcher Sachlage kann unseres Erachtens die Haltung gegenüber neuen Steuervorlagen in der gegenwärtigen Session lediglich eine „dilatorische“, d. h. zur Zeit ablehnende sein. Nur wo es sich bei einer der Vorlagen etwa um eine Maßregel der ausgleichenden Gerechtigkeit handelt, wird man von diesem Standpunkt abgehen können. Was die Zukunft anlangt, so stellen wir die Möglichkeit nicht in Abrede, daß sich für eine Erleichterung der directen Steuern in dem Rahmen, in welchem die nationalliberale Partei ihr zustimmen vermag, eine noch recht erhebliche Vermehrung der Einnahmen aus indirecter Besteuerung im Reich als notwendig erweist. Aber diese Möglichkeit selbst als Gewißheit vorausgesetzt, ergibt sich noch durchaus nicht die Unmöglichkeit des Tabakmonopols. Klar ist allerdings: wenn in Zukunft noch ein erheblicher Mehrertrag aus der Belastung des Consums erzielt werden soll, so kann derselbe kaum anderwärts gesucht werden, als entweder bei den Getreiden oder beim Tabak. Was den Tabak betrifft, so ist die Besteuerung desselben im vorigen Jahre bis an eine Grenze gegangen, welche ohne die schwerste Gefährdung aller dabei in Betracht kommenden Geschäftebranchen wohl auf lange Zeit hinaus nicht überschritten werden können. Will man den Tabak schon für eine nahe Zukunft in noch erheblicher Höherem Maße für die Finanzen nutzbar machen, so bleibt in der That nur die Einführung des Monopols. Die zwingenden volkswirthschaftlichen Gründe indes, welche dieser Maßregel bisher entgegenstanden, dauern auch ferner fort. Vielfach ist allerdings behauptet worden, daß die im vorigen Jahre erfolgte neue Belastung eine vollständige Umgestaltung des Tabakgeschäfts zur Folge haben müsse, eine Umgestaltung, welche mit der Zeit die Frage der Einführung des Monopols möglicherweise in ganz anderem Lichte erscheinen lassen würde. Die heute läßt sich indes über solche Wirkungen gar Nichts sagen. Erhebt also das Tabakmonopol nach wie vor als unzulässig, so ist andererseits zuzugeben, daß eine höhere Besteuerung des Consums der geistlichen Getränke wohl durchführbar erscheint. Aber unerlässliche Voraussetzung ist, daß diese Besteuerung im Ganzen vorgenommen, daß nicht das Bier einseitig bevorzugt wird. Auch die „Post“ gesteht zu, daß die bestehende Besteuerung den Brauntwein bis zur Grenze der Steuerfähigkeit noch nicht erreicht, meint aber, man könne auf gleichzeitiger Einführung der höheren Bier- und der höheren Brauntweinsteuer nicht bestehen. Als Grund dafür führt sie die großen Schwierigkeiten einer Reform der Spiritussteuer an. Nun, man ist im vorigen Jahre — gleichviel auf welche Weise — mit weit größeren Schwierigkeiten fertig geworden. Wir sind überzeugt, die Reichsregierung braucht nur ernstlich zu wollen, und sie wird dem nächsten Reichstage neben einem Brausesteuergesetz auch ein recht ansehnlichen Ertrag verprechendes Brauntweinsteuergesetz vorlegen können.

Politische Uebersicht.

Leipzig, 17. März.

Die Tragweite des gestern mitgetheilten Briefes des Papstes an den Erzbischof von Köln ist im Augenblicke noch gar nicht vollständig festzustellen. Handelt es sich doch um das erste positive Ergebnis der weitschichtigen Verhandlungen zwischen Berlin und Rom. Ueber den ersten Eindruck, welchen dieser Erlaß seiner Heiligkeit in den politischen Kreisen Berlins hervorrief, wird uns von dort in einem vom Dienstag datirten Berichte folgt geschrieben: „Das Ende des Culturkampfes“, so hörte man gestern Abend vielfach den von der „Germania“ mitgetheilten Brief des Papstes Leo XIII. an den Erzbischof von Köln erläutern. In der That ist es ein großes Zugeständniß, welches die Curie macht, wenn sie erlaubt, daß der Regierung von der Anstellung der Geistlichen Mittheilung gemacht werde; um aber die Tragweite derselben zu würdigen, ist es nöthig, zu wissen, welche Folgen daraus gezogen werden sollen. Jedenfalls liegt einer der Hauptangelpunkte des jahrelangen kirchlichen Conflicts weniger in Angelegenheit, welcher sich die Curie in anderen Staaten bisher anstandslos gefügt hat, als in dem Befehle über die Vorbildung der

Geistlichen, dem sogenannten Culturveramen. Und so erfreulich auch die Eröffnung der Friedenseinleitungen seitens des Papstes ist, so wird man doch von einem wirklichen „Friedensschluß“ erst dann reden können, wenn die Examenfrage in dieser Beziehung entsprechend geordnet ist. Die Versicherung des Fürsten Bischoff, daß „Canossa-Münzen“ in Deutschland nicht geprägt werden würden, ist allerdings geeignet, in dieser Beziehung beruhigend zu wirken. Man verschließt sich indessen in liberalen Abgeordnetkreisen nicht der Befürchtung, daß trotzdem auch von Seiten des Staates weitergehende Opfer, wenn auch nur in der Form einer mildernden Praxis, zu bringen sein werden, und daß, wenn eine Revision der Waagefrage wirklich schon für die Nachsession des Landtags in Aussicht genommen ist, das Culturveramen einen der wesentlichsten Punkte in dieser Revision bilden wird. Mag es auch etwas weit hergeholt sein, einen Vergleich zwischen den Verhältnissen des kleinen Baden und denen einer Großmacht wie Preußen zu ziehen, so wird doch die Erklärung sehr bemerkenswert, die der Minister v. Stöcker in der Karlsruher Kammer bei Gelegenheit des dortigen „Ausgleichs mit Rom“ abgab, und die dahin ging, die badische Regierung habe eine Rechtfertigung ihres Verhaltens in der Ueberzeugung, daß auch Preußen voraussichtlich den nämlichen Weg bei den Verhandlungen mit der Curie einschlagen werde. Erwägt man die bei mehr als einer Gelegenheit betonte Geneigtheit des Cultusministers von Puttkamer, das auch den evangelischen Orthodoxen vererbte Culturveramen abzugeben, so muß man in der That jener Befürchtung eine gewisse Berechtigung zugeben. Uebrigens will man aus der verpöbelten Mittheilung des vom 24. Februar datirten Schreibens an den Erzbischof von Köln den Schluß ziehen, daß die Antwort der preussischen Regierung auf die Vor schläge des Papstes bereits in Rom eingetroffen und in einem dem Ausgange günstigen Sinne gehalten sei. Denn es würde den vorstehenden Gewohnheiten der Curie nicht entsprechen, ihre eventuelle Zustimmung bekannt zu geben, wenn sie nicht der Gegenleistung bereits versichert wäre.“

Das leitende rheinische Blatt, die „Köln. Ztg.“, erörtert die nunmehr geschlossene Lage sehr treffend in folgenden Sätzen:

Die Curie hat den ersten Schritt gethan, sie wird auch noch weitere thun; sie wird das ganze Wesen der Waagefrage annehmen, und der Staat wird der triebfertigen römischen Kirche ein freundlicheres Gesicht zeigen, als er der rebellischen zeigen mußte, also der unterwürigen gegenüber diejenigen Schritte mit Freunden wieder fahren lassen, mit denen er der Rebellin entgegentrat. In unserm vielbesprochenen römischen Telegramm vom 22. Februar — zwei Tage vor Abendung des päpstlichen Schreibens an Bischof Melchers, dessen Inhalt aber wohl am 22. schon feststand — war auch gesagt, der Vatican nehme an, daß das Berliner Ministerium den Kammer in der Sommerung bezügliche Vorlagen machen werde. Er hätte die diplomatische Durchführung der Verhandlungen lieber gesehen, glaube aber auch so der Vermeidung des Conflicts näher zu rücken. Es wird jetzt klar, daß der Vatican zu dieser Hoffnung sich darum hat berechtigt hielt, weil er damals bereits entschlossen war, in der Hauptsache die Waagefrage anzunehmen. Mit Abänderung oder auch Aufhebung der Kampfgesetze langamer vorzugehen, als die Curie mit Annahme der organischen Bestimmungen der Waagefrage, hat der Staat gewiss keinen Anlaß, und so hoffen wir denn, daß der Vatican ganz Wort halten und auch ganz Recht behalten und daß sohin der Staat noch in diesem Sommer in die Lage kommen werde, zu beweisen, wie wenig er den Kampf um des Kampfes willen gesucht hat.

Gelingt es dem Papste Leo XIII., den Frieden mit dem Staate wiederherzustellen — und wir zweifeln nun nicht mehr daran —, so ist zu hoffen, daß er auch in manch anderer Hinsicht die Wunden wieder heilen werde, welche der quälendste, aber nichtleitet und kurzzeitige Pius IX. der katholischen Kirche namentlich in Deutschland geschlagen hat, und daß der Friede nicht nur mit dem Staate erhalten, sondern auch der Geist des Wohlwollens und der Unverträglichkeit innerhalb der katholischen Kirche selber endlich wieder gebannt werde. Wäre auch das ihm beschieden, so wäre der jetzige Papst ein neuer und wahrhaftiger Leo der Große.

Die nationalliberale Partei wird, wie wir hoffen, geneigt aus einer neuen Krise hervorgehen. Man schreibt uns aus dem Reichstage vom Dienstag wie folgt: „Die Abreise des Abg. Dr. Braun nach Leipzig wird als Anzeichen angenommen, daß die in den letzten 48 Stunden umlaufenden Gerüchte über eine bevorstehende

Entscheidung des linken Flügels der nationalliberalen Partei bezüglich ihres Austritts aus der Fraction keine Bestätigung gefunden haben. Diese Gerüchte erhalten allerdings dadurch Nahrung, daß die betreffenden Abgeordneten den Fractionen beizugehören haben. Indessen hören wir, daß sich die einzelnen Mitglieder des linken Flügels über die Tragweite ihrer möglichen Austrittserklärung, soweit dies ihre eigene Stellung im Parlament betrifft, keinen Täuschungen hingeben, und es ist begreiflich, daß sie sich zu dem formellen Bruch mit ihren früheren Freunden nur schwer entschließen.“ — Ein nationalliberales Berliner Blatt, die „Tribüne“, beleuchtet diese Vorgänge wie folgt:

Als Thatsache ist zu melden, daß, was die angebl. Veränderungen im Personenstande der Fraction betrifft, jede Angabe hinsichtlich ist, die — abgesehen von der Person des Abg. Dr. Vasker — diese Veränderungen als schon beschlossene und feststehende Thatsache behandelt. Nur Dr. Vasker hat sich bis jetzt geäußert, seine Beziehungen zur nationalliberalen Partei zu lösen, und zwar aus Gründen, die durchaus nicht in der Situation des Augenblicks, am wenigsten in bestimmten Vorlagen oder Gesetzgebungsfragen der laufenden Session zu suchen sind. Das Schreiben, in dem dieser Entschluß der Fraction mitgetheilt worden, enthält Dies ausdrücklich. Es spricht, soweit wir unterrichtet sind, die Ueberzeugung des vorläufig aus dem Fractionenverbande Scheidenden aus, daß zwischen ihm und der Partei in ihrer Weisheit und Leitung ein entsprechendes Zusammenwirken einwilligen nicht zu erwarten sei; es fügt aber unter dem Ausdruck des Bedauerns über diese notwendig gewordene Trennung die Hoffnung hinzu, daß sich in nicht fernem Zeit unter anderen Umständen das alte langjährige Band wieder erneuern lassen werde. Dem Schritte Dr. Vasker's ist, wie bemerkt, ein gleicher oder ähnlicher von anderen Mitgliedern der Partei bisher nicht gefolgt. Was in dieser Hinsicht unter Renennung bestimmter Namen in einzelnen Blättern als unausbleiblich, wahrscheinlich oder möglich bezeichnet wird, beruht auf mehr oder minder willkürlicher Combination. Es ist möglich, daß der Klärungsproceß mit dem Ausscheiden Dr. Vasker's noch nicht beendet ist, schwerlich aber wird man seinen Fortgang schon von einem Tage zum andern in Aussicht nehmen dürfen. Entschleunigungen nach dieser Richtung liegen nicht vor, und die Oetopause wird verstreichen, ohne daß die jetzt umlaufenden Erzählungen und Gerüchte in Thatsachen einen Nachhall finden.

Die neueste Morgennummer der „Nationalzeitung“ äußert sich über den Austritt Vasker's aus der nationalliberalen Fraction wie folgt: Der Abgeordnete Dr. Vasker hat in einem vom gestrigen Tage datirten Schreiben an den Vorstand der nationalliberalen Fraction nun auch formell seinen Austritt aus der Fraction angezeigt, nachdem er schon vorher die Eingekommene seines Namens in das ihm vom Reichstags-Bureau vorgelegte Verzeichniß der Fractionmitglieder abgelehnt hatte. Herr Vasker führt zur Begründung seines Austritts an, daß er schon seit vorigem Jahre sich nicht in Harmonie mit der Fraction und ihrer Leitung befunden habe, daß er deshalb ein müßliches Zusammenwirken mit der Fraction sich für die nächste Zeit nicht versprechen könne, daß ihm die Erinnerung an die gemeinschaftliche Arbeit stets theuer sein werde und die Hoffnung nicht aufgegeben, daß dieses Zusammenwirken ihm in Zukunft noch wieder vergönnt sein werde.

In der Citabelle der Fortschrittspartei in Berlin, ist es am Montag zu einem höchst lärmenden Pronunciamiento gekommen, das wir wenigstens, da uns die Freude am Standal abgeht, mit einigen Worten erwähnen wollen, ohne die ausführlichen Berichte der Berliner Blätter zu wiederholen. Die „Tribüne“ schreibt wie folgt:

Zu derselben Zeit, wo die hiesigen Führer der Partei die Lösung ausgeben, in einer Anzahl von Reichstagsabgeordneten mit Bezug auf die Militairvorlage einen wenig lokalen Kampf gegen die nationalliberale Partei zu entfesseln, in demselben Augenblicke, wo der Versuch gemacht werden soll, Zwietracht in die nationalliberale Wählerkreise zu streuen, spielen sich vor den Augen der erlauchten Hauptstadt innerhalb der fortschrittlichen Führerschaft Scenen ab, die nach den Urtheilen nicht der Segner, sondern der eigenen Parteigenossen die Lage, in denen „Tölle & Knäuel“ herrscht, tief in den Schatten stellen. Die Väter mögen erleben, wie tief der Ris ist, der zwischen den beiden fortschrittlichen Führungen herrscht, und daß die Stimmen, welche aus der Mitte der Versammlung von „Cliquenwirthschaft“ sprachen, nicht Unrecht hatten. Es ist wohl innerhalb der nationalliberalen Wählerchaft eines Wahlkreises vorgekommen, daß man die Candidatur eines um die Partei verdienten Mannes zurückgewiesen hat, und daß fortschrittliche Blätter darin das sichere Zeichen für den Verfall